15. Wahlperiode 02. 07. 2003

Beschlussempfehlung

des Vermittlungsausschusses

zu dem Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er-/0900er-Mehrwertdiensterufnummern

- Drucksachen 15/907, 15/1068, 15/1126, 15/1198 -

Berichterstatter im Bundestag: Abgeordneter Ludwig Stiegler

Berichterstatter im Bundesrat: Minister Rudolf Köberle

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 48. Sitzung am 5. Juni 2003 beschlossene Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er-/0900er-Mehrwertdiensterufnummern wird nach Maßgabe der in der Anlage zusammengefassten Beschlüsse geändert.

Gemäß § 10 Abs. 3 Satz 1 seiner Geschäftsordnung hat der Vermittlungsausschuss beschlossen, dass im Deutschen Bundestag über die Änderungen gemeinsam abzustimmen ist.

Berlin, den 2. Juli 2003

Der Vermittlungsausschuss

Dr. Henning ScherfLudwig StieglerRudolf KöberleVorsitzenderBerichterstatterBerichterstatter

Anlage

Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs von 0190er-/0900er-Mehrwertdiensterufnummern

Zu Artikel 1 Nr. 1 (§ 43c Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 – neu –, Abs. 3 – neu – TKG)

In Artikel 1 Nr. 1 wird § 43c wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Absatz 1.
- b) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort "kann" die Wörter "im Rahmen der Nummernverwaltung" eingefügt.
- c) Folgende Absätze 2 und 3 werden angefügt:
 - "(2) Die Rechte der Länder sowie die Befugnisse anderer Behörden bleiben unberührt.
 - (3) Die Regulierungsbehörde teilt Tatsachen, die den Verdacht einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit begründen, der Staatsanwaltschaft oder der Verwaltungsbehörde mit."